

AUSGABE VOM 24. MÄRZ 2017

## Schielenlärmenschutz: Auch Güterzüge in NRW werden leiser

Es wird spürbar leiser - auch auf NRW-Schienenwegen. Mit dem Entwurf des Schienenlärmenschutzgesetzes von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) wird der Lärm von Güterzügen bundesweit deutlich gesenkt. Bisher wurde die Umrüstung der Güterwagen auf lärmmindernde Technik mit bis zu 152 Mio. Euro gefördert.

„Jetzt wird moderne leise Technik noch schneller genutzt werden, da ab 2020 nicht umgerüstete Güterwagen entweder überhaupt nicht mehr oder nur noch mit deutlich reduzierter Geschwindigkeit fahren dürfen. Das bedeutet eine konkrete Entlastung für viele betroffene Bürger. Die Halbierung des Schienenlärms in Deutschland bis 2020 ist auf einem guten Weg!“, so der Kölner CDU-MdB Karsten Möring, der sich in Berlin für eine schnelle Verabschiedung des Gesetzes einsetzt.

## Innere Sicherheit in Deutschland: Herausforderung und Aufgabe

„Was muss, was kann Politik im Bereich der inneren Sicherheit für unsere Bürgerinnen und Bürger leisten? Wie verhindern wir erfolgreich Verbrechen, wie reagieren wir auf sie?“ Über diese und andere Fragen diskutierte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf Einladung des CDU-Bundestagsabgeordneten Karsten Möring im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Treffpunkt Fraktion“ im vollbesetzten „Wartesaal am Dom“. Ein symbolträchtiger Ort, war es doch in der Silvesternacht vor zwei Jahren in unmittelbarer Nähe zu zahlreichen Übergriffen in Köln gekommen.



Sprach auf Einladung von MdB Karsten Möring in Köln: Unions-Fraktionsvorsitzender Volker Kauder (Foto: privat)

Bevor Gastgeber Karsten Möring mit dem parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesinnenminister, Dr. Ole Schröder, und dem Bundesvorsitzenden des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, André Schulz, über die Möglichkeiten des Staates für Sicherheit zu sorgen diskutierte, gab Unions-Fraktionschef Volker Kauder die Richtung im Wahlkampfjahr vor. Sicherheit sei ein Grundbedürfnis der Menschen und Ursprung staatlichen Entstehens. Diese erwarteten, „dass der Staat das leistet, wofür er in Urzeiten gegründet worden ist“. Er habe den Eindruck, dass die Bürger dafür bereit sind, mehr

Eingriffe in den persönlichen Bereich in Kauf zu nehmen. Kauder nannte drei Kernbereiche, die zur Gewährleistung von mehr Sicherheit notwendig seien: mehr Befugnisse für Polizei und Nachrichtendienste, mehr Personal im Sicherheitsbereich und eine bessere Ausstattung. Kauder nahm zudem die Bundesländer in die Pflicht, ihren Anteil für mehr Sicherheit zu leisten und die Länderpolizei personell aufzustocken.

MdB Karsten Möring: „Mehr denn je ist die CDU Garant für die Innere Sicherheit: Wir haben die Lehren aus den Kölner Silvester-Ereignissen gezogen. Wir schützen die Bürger im öffentlichen Raum besser vor Übergriffen. Dafür müssen die Länder mehr Polizeibeamte aufbieten und moderne Überwachungstechnik anschaffen. Dafür haben wir die notwendigen Gesetze gemacht.“

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,

ich hätte mir nie träumen lassen, dass ich mal Entscheidungen mit der unvorstellbaren Tragweite von einer Million Jahren zu treffen habe. Am Donnerstag war



es soweit. In einer historischen Entscheidung haben wir parteiübergreifend (bis auf die LINKE) ein Gesetz im Bundestag beschlossen, das den Weg für die schwierige Suche nach einem Endlager für radioaktive Abfälle frei macht. Im Sinne zukünftiger Generationen eine große Verantwortung.

Mit der Atomenergie in Deutschland ist 2022 Schluss, wenn das letzte AKW vom Netz geht. Bis 2031 muss ein Atommüll-Endlager für eine Million Jahre gefunden werden. Deutschland muss wissenschaftlich, transparent und ergebnisoffen einen Ort bestimmen, an dem hoch radioaktiver Atommüll so sicher wie möglich lagern kann. Zunächst kommt - theoretisch - jeder Ort in Frage. Die neue Bundesgesellschaft für Endlagerung, deren Geschäftsführung in den Händen meiner geschätzten Vorgängerin Ursula Heinen-Esser liegt, sortiert Regionen aus, die nicht in Frage kommen - etwa, weil Erdbebengefahr besteht. Es werden Gebiete ausgewählt, die Mindestanforderungen entsprechen, nähere Erkundungen folgen erst dann.

Das Umweltministerium geht von einer Inbetriebnahme des Endlagers 2050 aus. Ich werde versuchen, mich für die Einweihungsfeier fit zu halten.

Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I

## Vom Rhein an die Spree - Kölner besuchen den Reichstag



MdB Karsten Möring freute sich über den Besuch einer Gruppe politisch interessierter Kölnerinnen und Kölner, die auf seine Einladung hin die Hauptstadt besuchten. Auf dem Programm standen u.a. der Besuch der Gedenkstätte Berliner Mauer, eine Stadtrundfahrt, eine Führung durch die Dauerausstellung „Alltag in der DDR“, ein Informationsgespräch im Auswärtigen Amt und der Besuch der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Zudem besuchten die Teilnehmer das Reichstagsgebäude, wo MdB Möring ausführlich über seine Arbeit als Abgeordneter für Köln berichtete und das schöne Gruppenfoto entstand. (Foto: Bundespresseamt)

### Einbruchsschutz: Förderkonditionen noch attraktiver Pkw-Maut: MdB Karsten Möring stimmt mit „Nein“

Das auf Betreiben der Union eingerichtete KfW-Programm zur Förderung von Einbruchsschutzmaßnahmen hat seit Dienstag noch attraktivere Konditionen. Bisher benötigten Mieter oder Eigentümer eine Mindestinvestitionssumme von 2.000 Euro, um einen Zuschuss bei der KfW beantragen zu können. Diese Mindestinvestitionssumme ist auf 500 Euro abgesenkt worden. Bei Einzelmaßnahmen werden förderfähige Investitionskosten von mindestens 500 bis maximal 15.000 Euro pro Wohnung oder Haus bezuschusst. Einzelmaßnahmen sind der Einbau einbruchhemmender Haus- und Wohnungstüren, von Türspionen oder der Einbau von Türzusatzschlössern oder Querriegelschlössern. Gefördert wird auch der Einbau von Nachrüstsystemen für Fenster, Balkon- und Terrassentüren sowie einbruchhemmender Gitter und Rollläden aber auch der Einbau von Einbruchs- und Überfallmeldeanlagen wie z. B. Kamerasysteme.

„Das ist ein wichtiger Schritt beim Kampf gegen Einbrecher“, so MdB Karsten Möring. Der Kampf gegen den Wohnungseinbruch gerade in Köln und NRW müsse mit aller Entschiedenheit weitergeführt werden. Präventive Maßnahmen allein reichen dafür nicht aus. „Um Bürger vor Einbrechern zu schützen, muss der Staat für mehr Sicherheit sorgen. Wesentlich ist eine ausreichende Polizeipräsenz vor Ort“, so der Kölner CDU-Politiker.

Alle Infos zur Förderung unter: [www.kfw.de/einbruchschutz](http://www.kfw.de/einbruchschutz).

Nach langen und kontroversen Diskussionen wurde heute die Einführung der Pkw-Maut, gesetzestechnisch Infrastrukturabgabe genannt, im Bundestag beschlossen. Anders als von den CDU-Landesgruppen Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland verlangt, enthält das Gesetz keine Ausnahmeregelungen für die grenznahen Regionen. Der Kölner CDU-Bundestagsabgeordnete Karsten Möring hat deshalb abweichend von seiner Fraktion in namentlicher Abstimmung mit „Nein“ votiert.

„So ein abweichendes Votum macht man nicht mal so eben. Ich habe mir die Entscheidung auch nicht leicht gemacht, aber in dieser Form konnte ich dem Gesetz nicht guten Gewissens zustimmen“, so Möring. Es ist widersinnig, in einem zusammenwachsenden Europa Maßnahmen zu beschließen, die den kleinen Grenzverkehr massiv behindern, weil auch der kleinste Autobahnkilometer mautpflichtig ist.

Die Einführung einer Infrastrukturabgabe ist im Koalitionsvertrag vereinbart. Eine erste Fassung musste 2015 wegen Unvereinbarkeit mit EU-Recht korrigiert werden. Die jetzige Fassung soll nun rechtskonform sein. „Ich kann sie aber politisch nicht vertreten“, sagt MdB Karsten Möring.

#### Impressum:

Ausgabe Nr. 5/2017  
24. März 2017

Herausgeber:  
Bundestagsbüro Karsten Möring  
Platz der Republik 1,  
11011 Berlin  
Tel.: 030/ 227-77611  
Email:  
karsten.moering@bundestag.de  
Redaktion/ V.i.S.d.P:  
Karsten Möring MdB/Harald  
Häßler/Dr. Jürgen Reuter